

Bezugspreis

Der Halle wöchentlich 2,50 M., bei gewöhnlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., einschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6378 eingetragen. Für die Redaktion verantwortlich: Max Schürer in Halle. Expeditionsnummer von 107, bis 127, 128. (Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 178.)

Saale-Zeitung. Fünfundsiebzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spaltenweite oder deren Raum mit 30 Pfg., solche auf 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von welchen Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekommen die Zeit 7 Pfg. Erscheint wöchentlich 6mal; Sonntags und Feiertagen einmal, (sonst zweimal täglich.) (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 118.

Halle a. d. Saale, Montag, den 11. März

1901.

Ein Zerfall des Dreieinbundes?

In wie hohem Maße handels- und wirtschaftspolitische Fragen die Beziehungen der Staaten zu einander beeinflussen, davon hat der politische Kurs, den Graf Bülow, gelebt und gedrängt von den Agrariern, einzuschlagen für gut und richtig gefunden hat, uns bereits in den viel erörterten, viel angeführten und vielfach mit ohne Rücksicht falsch bewerteten wirtschaftspolitischen Anschlüssen einen kleinen Vorgeschmack gegeben. Seit einigen Tagen kommen auch aus Italien allerlei Meldungen, die den deutschen Hochschulzöglingen zur Erkenntnis bringen sollten, daß es sich bei der Festlegung der künftigen deutschen Zollpolitik dem doch noch um etwas anderes handelt, als um den bloßen Schutz der wirtschaftlichen Erzeugnisse des einen Landes vor denen des anderen und daß unter Umständen auch wichtige Staatsinteressen davon berührt werden können, wenn versucht wird, durch hohe Zölle eine wirtschaftliche Grenze zwischen den einzelnen Ländern aufzurichten.

Wie die Forderungen der deutschen Agrarier in fast allen zu uns in Handelsbeziehungen stehenden Ländern Bestimmung erzeugt haben, so sind sie auch auf Italien nicht ohne Einfluß geblieben, denn der „industrielle Lärm“, den die handelspolitischen und hochschulzögnerischen Fanatiker fordern, berührt die Ansicht Italiens nach Deutschland ausser allem Zweifel und ist eben so sehr, wie er bei uns dem Gartenbau und dem Blumenhandel Abbruch tut und weiten Kreisen den Weinanbau ganz erheblich beeinträchtigen würde, geeignet, in Italien großen Erwerbsverlusten erheblichen Nachschub zu bereiten. Man versteht das Bedauern in Italien um so weniger, als die Produkte, die vom Süden nach Deutschland ausgeführt werden, weder dem deutschen Wein noch dem Gartenbau Konkurrenz bereiten, sondern für beide Teile Hilfsmittel geworden sind, die heute kaum mehr entbehrt werden können und vor allem die Gärtnerei in den Stand gesetzt haben, selbst im Winter den deutschen Blumenhandel, den Gesamtmarkt mit allem zu versorgen, was sie selbst nur im Sommer zu erzeugen vermag, während die italienischen Weine unserer deutschen Qualitätsweine zwar keinen Abbruch zu thun vermögen, ihre Abnehmer aber nur in Kreisen gefunden haben, für die früher der Weinanbau unerwünscht war. Außerdem aber wird der italienische Wein seiner Willigkeit halber von den deutschen Weinen vielfach als Verdrängungsmittel benutzt.

Man kann es also erlaublich finden, wenn die bei uns verkündete Meinung, der italienische Einfuhr-Schwerigkeiten zu bereiten, in Italien große Erregung hervorgerufen hat. Man hat sich dort in Frankreich in dem Maße ab- und Deutschlands zugewandt, als jenes die ihm so sehr zum Schaden gewordene Abwertungspolitik betrieb, dieses aber in handelspolitischen Fragen entgegenkommen zeigte und sich sich jetzt vor der Gefahr, daß die vielen Wägen und die Sorgfalt, mit der man bestrebt gewesen war, den wirtschaftlichen Verkehr mit Deutschland zu befestigen, wiederum vergeblich gewesen sein sollen. Und so hat man denn in diesen Tagen zum ersten Male seit Bestehen des Dreieinbundes die sehr auffällige Tatsache zu verzeichnen, daß es die italienische Regierung abgesehen hat, sich über ihre Stellung der neueren Ausbreitung der Dreieinbundes gegenüber zu äußern. Mit großer Schärfe hatte am Freitag im italienischen Parlament der Abg. Guerci erklärt, „wenn auch nur ein Fünftel der Forderungen der deutschen Agrarier durchgehe, sei der Abschluß eines neuen Handelsvertrags zwischen Deutschland und Italien undenkbar, in diesem Falle wäre die Erneuerung des Dreieinbundes nicht nur ein Unmögliches, sondern eine Katastrophe für Italien.“ Und diese Bemerkungen fanden auf allen Seiten der italienischen Kammer Beifall, der Minister des Auswärtigen aber sah sich veranlaßt, ihnen entgegenzutreten. Herr Benetti, so heißt der gegenwärtige Leiter der auswärtigen Geschäfte Italiens, hatte sich vor etwa zehn Jahren offen als Gegner des Dreieinbundes bekannt, sollte aber unlängst, kurz nachdem er Minister geworden, von ihm befreundeten bayrischen Gelehrten v. Tischer erklärt haben, er habe inzwischen den angelegenen Wägen des Dreieinbundes keinen und schäßen gelernt und werde deshalb unbedingt an der Politik seiner Vorgänger festhalten. Diese Äußerungen jedoch wurden von dem Minister in der Erwiderung auf die Rede Guerci's unter dem Vorbehalt des Hauses bekräftigt und mit keinem Worte ließ er sich herbei, etwas zu Gunsten der Erneuerung des Dreieinbundes zu äußern.

In Italien hat dieses Verhalten des Ministers die Empfindung erregt, daß die Regierung keine sonderliche Neigung habe, den Dreieinbund fortzusetzen und aus demselben auszuweichen bestrebt, und wir müssen glauben, diese Empfindung erscheint durchaus berechtigt, wie sie denn auch von anderer Seite geteilt wird. In der französischen Presse werden ebenfalls bereits Stimmen laut, aus denen die Hoffnung hervorgeht, daß das Ende des Dreieinbundes nahe sei und Italien sich anschickt, sich dem französisch-russischen Bündnis anzuschließen, aber wenn hinsichtlich dieser letzteren Meinung auch wohl nur der Wunsch der Wägen des Dreieinbundes gewesen sein mag, so erscheint uns die ganze Angelegenheit ernst und wichtig genug, als daß nicht eine Auskunft darüber wünschenswert sein sollte, wie man in Berliner Regierungskreisen über die neuerliche Stimmung in Italien denkt. Daß die Bemerkungen, von Grafen Bülow geteilte Auffassung, der zöllopol. wirtschaftspolitischen Maßnahmen keine Minderwirkung an die politischen Verhältnisse üben, in keiner Weise zutrifft, leuchtet aus diesem Vorgang ohne weiteres ein und wird auch durch die wirtschaftspolitischen Bestimmungen bestätigt. Um so mehr sollte Graf Bülow mit sich darüber zu Rathe gehen, ob es nicht

den auffälligen Widerspruch mit seiner bisherigen Politik noch vergrößert heißt, wenn er auf dem Wege weiterkriecht, den die Agrarier ihm weisen. Sch.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Die Verzeierung im Hinblick des Kaffers schreibt vorwärts, der Umstand vorläufig sich in normaler Weise, die Schwelungen der Mitglieder sich geringer. Schlaf im Allgemeinen ist gut. Der geistigen Stimmung hat der Kaiser am 10. März in der Schlusssitzung anwesend. Mittags empfing der Kaiser den Reichspräsidenten Grafen v. Bülow.

* In Vertretung des Kaisers wird sich, wie gemeldet wird, der Kronprinz am 10. März des 80. Geburtstages des Prinzregenten von Bayern nach München begeben. Einen Besuch auf die verbliebliche Heilnahme an der Geburtsstiftung hat der Kaiser dem Prinzregenten in folgendem Telegramm kundgegeben:

„An den Prinz-Regenten von Bayern, Königl. Hoheit, München.“

Mit dem herzlichsten Bedauern wird ich Dir an dem Ehrentage fernbleiben, mit dem Du Dein achtzigstes Lebensjahr vollendet. Fühle, daß ich mit herzlichsten Gedanken im Geiste Dir nahe bin. Mein ältester Sohn wird mich vertreten, laß Dir von ihm sagen, mit wieviel Freude ich an diesem Tage Dir Deine fernwollte Glückwünsche überbringe, wie ich mit dem treuen Vorworte, „mit ganz Deutschland, dem Kaiser und seinen Heilwünschen, in dem Gottes Güte uns einen der bevorstehenden Festtage Kaiser Wilhelm's des Großen erhalten hat und den sie uns in seiner wunderbaren Güte und Mäßigkeit lange bewahren möge.“

Prinzregent Luitpold erwiderte alsbald mit folgendem Telegramm:

„Er. Majestät Kaiser Wilhelm, Berlin. Erleben von einer Ausfahrt nach Schloß Wachenburg zurückgekehrt, erhalte ich Dein liebes Telegramm, dessen Inhalt mich innig rührt. Ich sage Dir für Deine so warmen und schmerzhaften Worte aufrichtigsten Dank. Mit tiefem Bedauern erfüllt es mich, daß Deine Lebenswünsche nicht, die Feste meines 80. Geburtstages durch Deine Anwesenheit zu verfeinern, durch welche die verbindlichen Beziehungen hergestellt werden. Ich freue mich jedoch, daß Du Dich entschlossen hast, Deinen geliebten Sohn, den Kronprinzen, welcher Deiner herzlichsten Aufnahme versichert sein darf, als Deinen Vertreter hierher zu senden. Ich hoffe aufrichtig, daß von ihm glänzende Nachrichten über Dein Wohlbefinden zu erwarten sind.“

* Der Prinzregent von Bayern empfing gestern Vormittag im weiteren Verlauf der Festlichkeiten anlässlich seines 80. Geburtstages sämtliche Bürgermeister und ersten Vorstände der Gemeindegemeinschaften aus allen größeren Städten Bayerns. Der erste Bürgermeister von München, Ritter v. Wörth, sprach im Namen der bayerischen Städtevertretungen den Prinzregenten die herzlichsten Glückwünsche aus und überreichte eine künstlerisch ausgeführte Kassette mit einer Adresse. Es folgten Fröhlichkeitsrufe, an der alle Mitglieder der königlichen Familie und sämtliche Bürgermeister und Gemeindevorsteher teilnahmen. Nachmittags wurde dem Prinzregenten im Triviaten der Reichstag in Anwesenheit aller Prinzen und Prinzessinnen eine glänzende Aufnahme von 2000 Mann durch die Schützenbrüder gebracht, wobei ein Kundeschießen aufgeführt und Übergabe von den Kindern vorgenommen wurde.

* Prinz Albrecht von Solms-Braunfels, der seit längerer Zeit leidend war, hat sich am Freitag in Wiesbaden erholend.

* Oberlandesgerichtsrath Eddli in Biele ist zum Reichsgerichtsrath ernannt.

Eine kleine Enttarnung zur Schulreform hat sich in dem händisch-russischen Nachschub des Abg. Seyffardt gefunden. Sie gibt interessante Aufschlüsse über das Entstehen und die anfänglichen geplanten Ziele der Reformbestrebungen. Der verlorene erste Freund der Schule berichtet über die Einberufung der Schulkonferenz vom 4. bis 17. Dezember 1890 durch den Kaiser folgendes:

Die Konferenz hatte ihren Ursprung in den vielfach geäußerten Vorstellungen des jungen Reichs, der von dem Könige befehle, den Bedürfnissen des modernen Lebens einen höheren Gehalt auf die Entwicklung der höheren Schulen zu gewähren. Die öffentliche Meinung, in Anerkennung der Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform, sah dem hohen Herrn heilig entgegen und erwartete von der Konferenz eine sachlich unanfechtbare, unparteiliche Entscheidung des so unendlich wichtigen Gegenstandes. Bräutigam Kaiser in Berlin konnte mit Freuden die Eröffnung des Reichs sehen nicht mehr fern zu sein. Als dann freilich, einer nach dem anderen, die Namen der Ausgewählten der Konferenz bekannt wurden, war unsicher zu erkennen, daß es anders kommen sollte. Die Konferenz war von vornherein in 12 zu 12 anwesend, was eine höhere Wichtigkeit für die Sache als die bisherige hatte. Die Gummialienanomalie vorhanden war. Aber das festlag gebracht hat, und wie es gemacht hat, weiß ich nicht zu sagen. Doch die Absicht abgeändert haben muß, hat mein Freund, Geheimrat Sanftschütz Dr. Graf, Mitglied der Reichsrat, mit unangenehm bedauernd angegeben. Von weiteren Angelegenheiten der Konferenz, Geh. Regierungsrath Dr. Schanzenberg, hätte ich dann, daß die Intrigue eine doppelte gewesen sei: erstens den Kaiser glauben zu machen, die für bestimmte zurückgeleitete Wünsche ausbreitende Veranlassung sei eine wahre Vertretung der berechtigten Meinungen, zweitens, der Veranlassung der Reichsrat, die Stimme der Wägen der Minister zu orientieren, also unanfechtbar, und dann dem Kaiser die Wünsche als Nota hinzugeben und sie als solche aufheben zu lassen. Als später die Mitgliedsliste des während der Konferenz zugewählten Gummialienanomalie veröffentlicht wurde, zeigte sich, daß denselben von den zur Konferenz berufenen 43 Mitgliedern 23 angehörien. Dieser Bruch der Wägen der Konferenz und ihrer ausführenden Exekutivkommission glaubt sich der Reichsrat enthalten zu können, nachdem schon am

4. Mai 1891, also 4 1/2 Monate später, der Nachfolger des Ministers Goller den an der Spitze stehenden Satz des Reichsrat verweigert hat. Die bezügliche Rede des Grafen Rehbil von einer billiger, aber nach Seyffardt verdiente Wägen (Abzug).

Mit ähnlichen Bemerkungen hat man ja schon eine Erklärung für den ganz eigenartigen Verlauf der Schulreformbestrebungen des Kaisers thätiglich festgestellt haben, um jede Reform zu vereiteln, geht aus den einflussreichen Verfügungen des einstigen national-liberalen Reichsministers hervor, daß alle Zweifel beseitigen müssen. Man darf aber doch gespannt darauf sein, was die, welche diese kleine Enttarnung gemacht besitzt, darauf erwidern werden.

Getreidepolitik und Zolltarif.

Uns parlamentarischen Kreisen heraus verlangt neuerdings, daß in der Getreidepolitik eine nicht unwesentliche Veränderung der Situation eingeleitet sei. Die bayerischen Abgeordneten, auf deren Mitteilung die „Verhandlung“ gerechnet werden müssen, wenn sie zu einer Verständigung führen solle, hätten den Eindruck gewonnen, daß sie über das Ohr gegangen werden sollen und daher nicht sonderlich viel Neigung haben, in der ferneren Zeit und Weise mitzugehen.

„Es ist ja bekannt,“ so heißt es in einer Zuschrift an die „Köln. Ztg.“, „daß den bayerischen Bayern besonders an einer Erhöhung des Getreidesollens und an einer Erhöhung der Zolltarifpolitik, sowie an einer Zolltarifpolitik der Getreidemittel gelegen ist, während die ostelblichen Agrarier auf eine Gefährdung aller Getreidepolitik oder doch zum mindesten einer Erhöhung der Zölle auf Roggen und Weizen hinwirken. Es gilt auch als ein öffentliches Geheimnis, daß die bayerische Regierung sich nicht nur nicht gegen die Vorbereitung der Handelsverträge, welche ihr erst nach Aufstellung des Zolltarifs eine Einführungsmöglichkeit auf die grundlegenden Bestimmungen ermöglicht habe, und daß sie dieselben der Bestimmung des Zolltarifs schon während des Aufhanges im Bundesrat zu verhandeln, mit erheblichen Bedenken entgegenzusetzen sei. Diese Umstände dürften es gewesen sein, welche die Grundzüge der früheren Verhandlungen erhellbar gemacht haben. Die Forderung nach einer beträchtlichen Erhöhung des Getreidesollens ist aus Centumtresten auf Veranlassung des bayerischen Abgeordneten Griesinger und unter Vermittlung des westfälischen Abgeordneten Herold mit solchem Nachdruck geltend gemacht worden, daß die künftigen Verhandlungen sich geblieben erachtet haben, es nicht die ganze Verhandlung in Frage zu stellen. Wie von verschiedenen westfälischen Seiten berichtet wird, haben sie sich neuerlich auf einen Getreidesoll von 3,50 M. und auf einen Hafersoll von 4,50 M. geeinigt unter der Voraussetzung einer entsprechenden Ermäßigung des Zolles auf Weizen.“

Man wird abwarten müssen, in wie weit diese Ansicht den bayrischen Anhängern entspricht. Einfluß haben werden sie nicht zu haben, daß die königliche Regierung Zusätze daran haben könnte, einer der größten Subventionen ihres Landes, dem Wein gewährt, durch den Getreidesoll eine indirekte Steuer auszuheben.

Ans dem neuen Zolltarif ist das „W. T.“ einige Modifikationen zu machen in der Lage. Danach wird angenommen, daß der Bundesregierung übermittelte Zolltarifentwurf des Reichsgerichtsrates von den einzelnen Subventionen den nachgeordneten Behörden zur gutachtlichen Beurteilung übermitteln.

Die betreffenden amtlichen Stellen werden Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, ob der zukünftige Zolltarif so praktisch und so gemeinwohlthätig gestaltet werden ist, wie sie im vorigen Jahre vorgeschlagen haben. Sollte dies nicht der Fall sein, so ist recht zum Bedauern, die bestmögliche Hand daran zu legen, es hindert und zwar bei der Rückbildung einer einzigen praktischen Kolonne mit beträchtlicher Summe mit befristet worden, so daß sich annehmen läßt, daß der Entwurf im Sinne der vorgeschlagenen Vereinfachung anstandslos gebilligt ist. Zu dieser Vereinfachung gehört auch die Verbilligung, daß in der Verbilligung der Waren in alle solche Waren, die im Grobhandel in bestimmten Verwendungen eingeführt zu werden pflegen, brutto verzollt werden können, zum Beispiel Wein, Branntwein und Bier mit den Ziffern und mit den Ziffern, Petroleum mit den Ziffern, Getreide mit den Ziffern, Erdöl und Branntöl mit den Ziffern, Schmalz mit den Ziffern und Käse mit den Ziffern, welche die Verbilligung dieser Waren, wenn sie in einem anderen Zolltarif nachgeordnet sind, ferner soll der Entwurf die Verbilligung enthalten, daß die kreditierten Zölle ausgemein verbilligt werden. Zolltarif soll nicht nur, wie ich, beim Import eines gewissen Mindestmaßes an Getreide, sondern eines unterhalb eines Mindestmaßes an Getreide, welche dafür volle Sicherheit besitzen, und zwar soll der Zoll innerhalb der Höhe dieser Sicherheit auf unbefristet Zeit — also nicht, wie bisher, nur auf drei Monate — geltend werden dürfen. Nur für den Kriegsfall sollte die Dauer der Entbindung befristet werden.“

Nachdem die Zoll- und Steuerbehörden der einzelnen deutschen Bundesländer den Entwurf nochmals geprüft haben werden, geht er dem betreffenden Einzelstaatsministerien zur Beurteilung zu. Es bleibt — wie häufig und hieran dem Bundesrat — schon zum Ausdruck gebracht hat — dringend zu wünschen, daß der ganze Entwurf veröffentlicht wird, damit alle beteiligten Verwaltungsbehörden und Subventionen, Kaufleute und Exporteure auf einer festeren Grundlage mit ihren Wünschen und Äußerungen an die Öffentlichkeit treten können.

Politisches.

* Die Erwählung von Witteln zum Kaiser der Hohenzollern durch die Reichsländer, wie noch dem „W. T.“ bekannt, der Kaiser gewählt gemacht haben, den Reichs-

